Artikel auf t-online vom 27.12.2025:

"Die wollen mehr Demokratie"; Juli Zeh lässt mit Aussagen über AfD-Wähler aufhorchen:

Ist das Konzept der Brandmauer gescheitert? Wollen AfD-Wähler eigentlich mehr statt weniger Demokratie? Die Autorin Juli Zeh lässt mit überraschenden Thesen aufhorchen.

Seit Jahren betonen verschiedene Parteien ihre Abgrenzung von der AfD und sprechen von einer Brandmauer, die nicht fallen dürfe. Die Schriftstellerin und Juristin Julie Zeh hält das Konzept der Brandmauer gegenüber der AfD für gescheitert. "Der Versuch, mit der Brandmauer die AfD kleinzuhalten, hat in den letzten zehn Jahren nichts gebracht", sagt sie im Interview mit der "taz". "Die Prozente der AfD steigen ja immer weiter." Der Begriff Brandmauer steht für eine klare politische Abgrenzung zur AfD.

Auch ein Verbotsverfahren der AfD ist aus ihrer Sicht nicht der richtige Weg. "Wenn Sie einen halbwegs cleveren AfD-Funktionär fragen, was auf seinem Wunschzettel für 2026 steht, dann sagt der wahrscheinlich: Ich wünsche mir ein Verbotsverfahren", führt sie aus. "Allein der Versuch, sie zu verbieten, würde der AfD krass nutzen."

"Die wollen mehr Einfluss des Volkes"

Zeh wohnt seit Langem in einem Dorf in Brandenburg. Bei der Bundestagswahl im Februar haben 54 Prozent der Leute in ihrem Heimatort die Alternative für Deutschland gewählt. "Die Leute, die AfD wählen, die wollen ja zum Teil sogar mehr Demokratie", sagt Zeh jetzt in dem Gespräch und führt ihren Gedanken so aus: "Die wollen mehr Plebiszite, mehr Einfluss des Volkes. Die sind der Meinung, dass ein großer Teil der Bevölkerung ihre Auffassung teilt, zum Beispiel bei der Kritik an Zuwanderung, und dass die sogenannten Eliten in Wahrheit undemokratische Institutionen sind."

Auf den Einwand hin, dass AfD-Wähler keine edlen Ritter seien, die für mehr Demokratie kämpfen, sondern minderheitenfeindliche Positionen gutheißen, entgegnet Zeh: "Im Extremfall setzt unsere Verfassung auch demokratisch legitimierten Entscheidungen Grenzen, aber man kann nicht alles als undemokratisch bezeichnen, was einem nicht gefällt." Und weiter teilt sie mit: "Der durchschnittliche AfD-Wähler will nicht das Parlament abschaffen. Er hegt vielmehr ein

tiefes Misstrauen gegen alle Entscheidungsträger in den Hauptstädten."
Seit Jahren streiten sich verschiedene Parteien, ob man mit einem Verbotsverfahren gegen die AfD vorgehen sollte. Sie gilt in Teilen als rechtsextrem. Aktuell liegt kein offizielles Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht vor.